

Die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg

Lektionen 25/26 vom 14./21. Juni 2011

Patrick Bucher

27. Juni 2011

Die Igel-Mentalität des Zweiten Weltkriegs prägte die Schweiz für viele Jahre. Die Anbauschlacht wurde praktisch bis zur Landwirtschaftsreform von 1993 weitergeführt und die Wirtschaft war zum Anlegen von Notvorräten angehalten. Der Zivilschutz wurde derart ausgebaut, dass es in den 1960er-Jahren für jeden Bürger Platz in einem Bunker gab. Die Streitkräfte erreichten zu Spitzenzeiten eine Stärke von bis zu 600'000 Mann. Die Stärke der Armee wurde zu Zwecken der *Dissuasion* (Abschreckung) demonstrativ mit Militärparaden zur Schau gestellt. Zu dieser Zeit war die Schweiz eine Armee.

Die Neutralität der Schweiz wurde durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich stark belastet. Erst als im Korea-Krieg ein neutraler Vermittler gesucht wurde – die UNO konnte diese Aufgabe als Kriegspartei nicht übernehmen –, kam man auf die neutrale Schweiz zurück. Die Anfänge des Diplomatie-Standorts Genf gehen auf diese Zeit zurück. In den Jahren des Kalten Kriegs behielt die Schweiz gegen aussen ihre neutrale Stellung, war aber als liberaler und demokratischer Staat ganz klar der NATO zugewandt.

In wirtschaftlicher Hinsicht brachte die Zeit ab 1945 eine lange Hochkonjunktur und damit einen noch nie dagewesenen Wohlstand. Weite Schichten konnten sich nun einen hohen Lebensstandard mit Eigenheim und Auto leisten. Die Schweiz wurde amerikanisiert, die Schweizer lebten den *American Dream*. Die Schweizer Industrie verzichtete jedoch zugunsten von menschlicher Arbeitskraft auf Rationalisierungsmassnahmen, was zwar zu Vollbeschäftigung führte, jedoch die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft gefährden sollte. Ältere Generationen waren mit der Entwicklung teilweise überfordert und sind dem Wachstum eher skeptisch gegenüberstanden. Sie sollten recht behalten: Auf den Jom-Kippur-Krieg von 1973 folgte eine lange Rezession, begleitet von einer starken Inflation.

Der Aufschwung wurde auch für den Aufbau des Sozialstaats genutzt: 1948 wurde die AHV eingeführt, die IV und ALV folgten später. Die Altersvorsorge basiert seit den 1970er-Jahren auf dem Drei-Säulen-Konzept, bestehend aus AHV, beruflicher und privater Vorsorge. Mit diesen sozialstaatlichen Massnahmen konnte der soziale Friede der Schweiz gewahrt werden, es kam nie mehr zu einem Landesstreik wie 1918 oder zu einem vergleichbaren Ereignis.

Die Bevölkerung wuchs seit 1945 von 4.4 Millionen auf 7.8 Millionen Einwohner an. Dies führte zu einer Ausdehnung der Siedlungsfläche und damit auch zu ökologischen und logistischen Problemen. Die ausgedehnte Siedlungsfläche erforderte einen Ausbau der Strassen und

der öffentlichen Verkehrsmittel. Dadurch stieg der Erdölkonsum der Schweiz. Der erhöhte Stromverbrauch erforderte den Bau von Atomkraftwerken. Der Ausländeranteil stieg auf über 20%, was Überfremdungsängste weckte. Gerade zu Zeiten der langen Rezession nach 1973 wurde gegen Ausländer Stimmung gemacht, Anti-Ausländer-Initiativen hatten für die wachsenden Überfremdungsängste eine Ventilwirkung.

Die Frauen gelten in der Schweiz erst mit dem zweiten Zivilgesetzbuch von 1942 als Rechtssubjekt. Zuvor gehörte jede Frau zu einer Familie und war ihrem Vater bzw. nach der Heirat ihrem Ehemann als Fürsorger, der über die Schlüsselgewalt verfügt, unterstellt. Beim Eheschluss mit einem Ausländer verlor eine Schweizerin gar ihr Bürgerrecht. Das Frauenstimmrecht wurde 1971 eingeführt und musste dem Kanton Appenzell Innerrhoden 1990 per Bundesgerichtsentscheid aufgezwungen werden. Mit dem Gleichstellungsartikel von 1981 wurde die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zumindest auf Gesetzesebene beschlossen. In der Praxis wurde jedoch die Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht, sodass die Frauen am Frauenstreiktag vom 14. Juni 1991 ihrem Unmut Ausdruck verliehen und die Gleichstellungsfrage wieder ins öffentliche Bewusstsein rückten.

1979 fand die friedliche Sezession des Kantons Jura vom Kanton Bern statt. Seither zählt die Schweiz 23 Stände. Ab 1959 war der Bundesrat nach der sog. Zauberformel zusammengesetzt. Die Parteien SP, CVP (vormals Katholisch-Konservativ) und FDP verfügten jeweils über zwei, die SVP (vormals BGB) über einen Sitz. Das Regierungsgremium verfolgte eine Konkordanzpolitik, die im Gegensatz zu einem Regierungs-Oppositions-System auf überparteiliche Mehrheiten hinarbeitet. Die Zauberformel sollte erst im Jahr 2003 durch die Wahl des Rechtspopulisten Christoph Blocher anstelle einer CVP-Kandidatin beendet werden. Erstarkt sind in den letzten Jahren vor allem eine nationalkonservative Bewegung (die SVP), die ausländerfeindlich auftritt, und eine sozialkonservative Bewegung (die SP), welche für Bewahrung der Sozialwerke eintritt.

In den 1970er-Jahren erlebte die Schweiz eine Bildungsrevolution. Durch die Schaffung von zusätzlichen Kantonsschulen und dem Wegfall eines *numerus clausus* wurde breiten Schichten der Zugang zu einer universitären Ausbildung ermöglicht. Die Berufslehre wurde durch Berufsschulunterricht ergänzt. Das duale Bildungssystem, das praktische Berufsausbildung mit theoretischer Schulbildung kombiniert, gilt heute weltweit als Erfolgsmodell.

Aussenpolitisch versucht die Schweiz immer noch ihre neutrale Haltung zu wahren, indem sie praktisch gar keine Aussenpolitik betrieb. Die Aussenpolitik war ein notwendiges Übel, das gemäss Volksmeinung nur Geld kostete und nichts brachte. Das Aussendepartement war quasi die Abstellkammer des Bundesrats. Die Europäische Einigung ging an der Schweiz vorbei, indem sie dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1993 durch Volksabstimmung eine Abfuhr erteilte. Ebenfalls wurde 1985 der Beitritt zur UNO durch eine Volksabstimmung abgelehnt, 2002 dann jedoch angenommen. Seit der Jahrtausendwende macht die Schweiz mit den Bilateralen Verträgen und dem Beitritt zum Schengen-Raum auch Schritte auf die Europäische Union zu. Der Mythos des «Sonderfall Schweiz» lebt indes weiter.